

ROTER FÄCHER

Stadtzeitung der DKP Karlsruhe



September
2020



Inhalt // Die drei großen Zivilisationskrisen und der Kapitalismus S. 1-2 // US-Truppenabzug aus Deutschland - Erklärung und erste Einschätzung der DKP Baden-Württemberg S. 3 // Tarifrunde öffentlicher Dienst - Klatschen zahlt keine Miete S. 4 //

Die drei großen Zivilisationskrisen und der Kapitalismus

Die führenden kapitalistischen Industrieländer der Erde haben drei große Zivilisationskrisen zu verantworten: (1.) Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung in Deutschland von über 10% im 2. Quartal gerade erst am Anfang steht. Es besteht die reale Gefahr einer der größten ökonomischen Krisen der Geschichte. (2.) Die ökologische Krise und der Klimawandel, deren katastrophale Folgen nachfolgende Generationen noch erbarmungslos zu spüren bekommen werden. (3.) Die akute Gefahr eines (atomaren) 3. Weltkrieges, vorangetrieben vor allem durch die Aggressionspolitik der NATO gegen China und Russland. Diese drei großen Zivilisationskrisen hängen zusammen und bedingen sich wechselseitig. Am Antikriegstag steht die wachsende Kriegsgefahr im Fokus.

An der historisch unverantwortlichen Aggression gegen Russland mischt die Bundesregierung kräftig mit. Das Verteidigungsministerium plant die Anschaffung von 90 neuen Euro-Fightern sowie 45 US-amerikanischen F-18-Kampffjets. 30 der neuen Kampffjets sind für die Aufrechterhaltung der sogenannten technisch-nuklearen Teilhabe der NATO vorgesehen. Sie haben keinen anderen Zweck, als im Falle eines Krieges US-Atombomben über Russland abzuwerfen. Das reiht sich ein in die aggressive Einkreisungspolitik der NATO gegenüber Russland, flankiert von offener Geschichtsfälschung, wenn etwa in dem Beschluss des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 der UdSSR vorgeworfen wird gemeinsam mit Nazi-Deutschland den 2. Weltkrieg entfesselt zu haben. (weiter auf S. 2)

Impressum // Deutsche Kommunistische Partei Karlsruhe (Hrsg.) // E-Mail: dkp.karlsruhe@gmx.de
www.dkp-karlsruhe.de // www.facebook.com/DKP.Karlsruhe // <https://dkp.de> // www.unsere-zeit.de // V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, Markgrafenring 10, 76703 Münzesheim //

Nicht nur gegen Russland, auch gegen China bringen sich Bundesregierung und Bundeswehr in Stellung. Geplant ist die Anschaffung von vier neuen Mehrzweckkampfschiffen des Typs MKS 180 für 5,27 Milliarden Euro. Geplanter Einsatzort der Schiffe ist das Südchinesische Meer. Offizieller Zweck ist die Aufrechterhaltung der „Freiheit der Seenavigation“. In Wahrheit wird ein Krieg vorbereitet.

Zur Vorbereitung des Krieges gegen China gehört auch der US-Kurs der Wirtschaftskriegsführung (Strafzölle, Sanktionen), der Versuch der technologischen Entkopplung (Huawei/G5, TikTok, WeChat) und die diplomatische Provokation (Schließung des chinesischen Konsulats in Houston/Texas). Die ökonomischen, technologischen und politischen Brücken sollen vor Kriegsbeginn abgerissen werden.

Gegen China wird bereits kräftig gezündelt und Konflikte hochgekocht. Diese sollen im Fall der Fälle als Kriegslegitimation erhalten. Hierzu gehören die unerhörten und völkerrechtswidrigen Eingriffe und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Chinas in Hongkong, Taiwan und Xinjiang. Insbesondere was Xinjiang angeht, mischt der deutsche Imperialismus in erster Reihe mit. Die selbsternannte „Exilregierung“ der Uiguren, die im Falle eines erfolgreichen Regime-Changes eingesetzt werden soll, hat ihren Sitz in München -, gefördert von der Bayerischen Landesregierung, der Bundesregierung und zahlreichen sogenannten Nichtregierungsorganisationen.

Die führenden kapitalistischen Industrieländer können die von ihnen selbst verursachten zivilisatori-

schen Krisen offensichtlich nicht anders managen, als durch militärische Aggression nach außen. Der Weltkrieg wird wieder zur realen politischen Option. Insbesondere gegen die sozialistische Konkurrenz aus Asien sind die kapitalistischen Länder ökonomisch und technologisch auf lange Sicht chancenlos. Der Sozialismus ist das objektiv fortschrittlichere Gesellschaftssystem -, und als solches wird er sich historisch bewähren. Die militärische Überlegenheit der NATO ist daher zusehends der einzige Trumpf, den die kapitalistische Welt noch ziehen kann. Insgesamt lagen die Militärausgaben der 29 NATO-Mitgliedsstaaten 2019 bei etwa 1.035 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Russlands Ausgaben lagen im selben Jahr bei 65,1 Milliarden US-Dollar. Die Ausgaben Chinas lagen bei 250 Milliarden Dollar, jedoch ist der technologische Rückstand der Volksrepublik zu berücksichtigen. Es wird noch Jahrzehnte dauern, bis das Entwicklungsland China den technologischen Stand der entwickelten Industrieländer erreicht hat.

Im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft und einer kapitalistisch dominierten Weltordnung lassen sich die großen Zivilisationskrisen nicht lösen. Ihre Lösung macht es erforderlich, alle gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren um eine grundlegende Wende zu sozialem und demokratischen Fortschritt zu erkämpfen, eine Wende zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung. Ein 3. Weltkrieg, ein Atomkrieg, ist wider das Interesse der ganz überwiegenden Mehrheit der Menschen in Deutschland und in der Welt. Er muss unbedingt verhindert werden! Dies geht nur, wenn den Kriegstreibern und Brandstiftern mit aller Konsequenz in den Arm gefallen wird.

Für den Frieden! Für den Sozialismus!



US-Truppenabzug aus Deutschland

Knapp 12.000 US-Soldaten sollen nach jetzigem Stand aus Deutschland abgezogen werden, davon sollen 6.400 in die USA zurückgeholt und 5.600 in andere europäische Länder verlegt werden. Das sind Italien, Polen (entspr. Vereinbarungen vorausgesetzt) und Belgien. Die US-Kommandozentralen in Stuttgart sollen verlegt werden, das Eucom nach Mons in Belgien und das Africom an einen noch nicht feststehenden Ort, evtl. in die USA.

Der Stuttgarter Mieterverein sieht das als Chance. Der Vorsitzende hat OB Fritz Kuhn (Grüne) angeschrieben und ihn aufgefordert, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Militärareale der US-Streitkräfte (inkl. Wohnanlagen) belegen nach seiner Aussage 184 Hektar in Stuttgart. Die Stadt habe eine seltene Gelegenheit mit der Lösung ihres Wohnungsproblems einen großen Schritt weiter zu kommen. Allerdings nur, wenn sich die Stadt endlich entschließt, dies als ihre eigene Aufgabe zu betrachten. Und das hängt entscheidend davon ab, wem die Flächen gehören.

Auch aus Sicht von Friedensaktivisten in Stuttgart wird dies verständlicherweise als erfreuliches Ereignis bezeichnet. Die Stuttgarter Friedensbewegung und die DKP haben jedoch nicht für eine Verlegung sondern für die Schließung der US-Kommandozentralen gekämpft.

Am 75. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki darf uns die Freude über frei werdende Flächen und darüber, dass Stuttgart im Kriegsfall nicht mehr primäres Ziel eines Gegenschlags wäre, nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gefahr eines atomaren Massengrabs lediglich verlagert wird.

Was sind die Hintergründe dieser Entscheidungen und wie sind sie einzuschätzen?

Trump hatte seinen Plan („Strafaktion“) ausdrücklich damit begründet, dass Deutschland seine Verpflichtungen für den NATO-Etat nicht erfülle und noch immer keine zwei Prozent seines BIP für die „Verteidigung“ ausbebe.

US-General Tod Wolters, Chef vom Eucom, Nato-Oberbefehlshaber und ausdrücklicher Befürworter einer flexiblen atomaren Erstschlagsstrategie, sagte zu den geplanten Verlagerungen: „Die vom U.S.

EUCOM (...) verfolgte Strategie erfordert eine immer schnellere Anpassung der Positionierung und sämtlicher Aktivitäten der US-Truppen in Europa an sich ändernde Gegebenheiten. (...) Wie Verteidigungsminister Esper bereits ausgeführt hat, sollen durch die beabsichtigten Umgruppierungen die Abschreckung Russlands verbessert, die NATO gestärkt und die strategische Flexibilität der US-Streitkräfte und des EU-COM erhöht werden.“

Es geht also im Kern um die Erhöhung der strategischen Flexibilität der US-Streitkräfte, eine weitere Steigerung der Konfrontation mit Russland und womöglich eine Umverlagerung von Kapazitäten gegen die VR China.

Klar ist auch, dass die zwischenimperialistischen Widersprüche weiter eskalieren. Entsprechend sind die Reaktionen der Bundesregierung, die offenbar nicht vorher informiert wurde. Nicht nur Wolfgang Ischinger, Organisator der Münchner „Sicherheitskonferenz“, reagierte mit der Aussage, dass „Europa“ mehr Eigenverantwortung übernehmen müsse. Dies gilt es in nächster Zeit noch genauer zu analysieren.

Vom IMI (Informationsstelle Militarisierung) kam der wichtige Hinweis, dass die Teilverlagerung von US-Truppen nach Polen, falls entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen werden, der endgültige Sargnagel für die Nato-Russland-Akte wäre.

Womöglich könnte sich der Abzug als Aufrüstungs- und weiteres Kriegsvorbereitungsvehikel entpuppen.

Sicher ist das alles noch ziemlich umstritten und als vorläufig zu betrachten vor den Präsidentschaftswahlen in den USA, aber die globalen Kräfteverschiebungen gehen weiter...



Klatschen zahlt keine Miete

„Jetzt seid Ihr dran!“ – mit diesem Motto startet die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in die Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes. Vor dem Hintergrund von Corona-Beschränkungen gab es am 16. Juni ein Spitzengespräch mit dem Verband kommunaler Arbeitgebervereinigungen (vka), um die für 2020 geplante Tarifrunde um ein Jahr zu verschieben und für 2020 eine Einmalzahlung zu vereinbaren. Der vka lehnte dies rigoros ab. Daraufhin hat ver.di den Tarifvertrag zum 30. August gekündigt und mittels Videokonferenzen in den betroffenen Bereichen Branchenkonzferenzen durchgeführt sowie unter den Mitgliedern eine Befragung über Forderungen gestartet. Gleichzeitig hatten die Mitglieder die Möglichkeit, sich als Tarifbotschafterinnen zu melden, vor allem in den Betrieben, in denen es an schlagkräftigen Vertrauensleutenstrukturen fehlt.

Von den Ergebnissen dieser Tarifrunde betroffen sind rund 2,3 Millionen Beschäftigte; hinzu kommen noch einmal so viele Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Nachwirkung befinden, weil deren Tarifverträge zum Beispiel durch Outsourcing gekündigt worden sind. Darüber hinaus wird diese Tarifrunde aber auch Signalwirkung für alle anderen Branchen haben. Ein schlechter Abschluss im öffentlichen Dienst wird nicht dazu führen, dass andere Branchen bessere Abschlüsse erreichen werden.

Am 25. August beschloss die Bundestarifkommission von ver.di ihre Forderungen. Dabei ging es nicht nur um Entgelt, sondern auch um bessere Arbeitsbedingungen um dadurch dringend notwendiges Personal wie zum Beispiel in den Krankenhäusern zu gewinnen. Auch das Thema Arbeitszeit spielt eine Rolle. Dabei geht es nicht nur um eine Angleichung auf 30 Tage Urlaub in allen Bereichen, sondern auch um Arbeitszeitverkürzung, auch wenn diese individuell durch Anrechnung von Entgeltsteigerungen erfolgen wird. Für kollektive Regelungen mit Lohn-

und Personalausgleich wird die Kampfkraft noch nicht ausreichend sein.

Schon jetzt hören wir die Klagelieder des vka: Es sei, auch aufgrund von Corona, kein Geld in den öffentlichen Kassen. Deshalb müsse ver.di mit Realismus an die Verhandlungen herangehen. Diese Argumente kennen wir genügend vor dem Hintergrund der Schuldenbremse. Aber Klatschen zahlt auch für Corona-Helden keine Miete. Solange Geld genug da ist, um Kriege und Rüstungsgüter mit Milliarden Euro zu finanzieren, so lange kann und darf das Argument leerer Kassen nicht gelten. Das sollte auch am 1. September,

dem Antikriegstag, dem vka durch ver.di vermittelt werden, da am gleichen Tag die erste Verhandlungsrunde stattfindet.

Diese Tarifrunde braucht besondere Unterstützung, um tragbare Ergebnisse nicht nur im öffentlichen Dienst zu erzielen. Dabei sind alle 13 Fachbereiche von ver.di gefordert, aktiv einzugreifen. Darüber hinaus werden wir Kommunistinnen und Kommunisten ver.di unsere Hilfe anbieten und die Kolleginnen und Kollegen vor Ort unterstützen. Unsere Forderungen werden dabei weiterreichend sein, denn uns geht es auch um die Rekommunalisierung von Krankenhäusern, aber auch in anderen Bereichen der Daseinsversorgung, wie zum Beispiel dem öffentlichen Personennahverkehr.

Newsletter

Aktuelle Informationen der DKP Karlsruhe.

Kurz und übersichtlich per E-Mail.

Jetzt kostenlos registrieren!



www.dkp-karlsruhe.de